



FreibÄrger

Freibergs alternative Zeitung

Inhalt

Preis: 1/2EURO

Nummer 36

Januar/Februar 2004

Seite 1

Genug Geld

Seite 2-3

SWG-Monopoly,
Alternative Liste,
Fest der Kulturen

Seite 4-5

Demo gegen Sozialabbau

Seite 6-7

Antifa-Informationen
Lesung mit Gisela Karau

Seite 8

PDS - Chancen

Seite 9 - 10

Varvarin, Leserbrief

Seite 11- 12

Die Tootsies
und
Boggle

Editorial

Was für ein neues Jahr? Die Ziffernfolge 2004 markiert einige rasante Veränderungen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Ein sozialer Bundesstaat (Art. 20 GG) wird zu einem neoliberalen Klumpatsch geschroedert: alles für die Reichen, der Rest muss selber sehen, wie er klar kommt. Und demokratisch wird das Wahljahr 2004 auch sein: wie schon häufig in der Geschichte bereitet die Sozialdemokratie aufgrund einer unglaublichen Sozialpolitik einen Rechtsrutsch vor. Geringe Wahlbeteiligungen enttäuschter Wähler-Innen werden dazu führen, dass die Rechtskräfte weiter an Boden gewinnen. Um dem entgegen zu wirken, sollten wir alle – wie auch immer – 2004 sehr wählerisch sein!

Die Redaktion des FbÄ



Geld ist genug da!

[fbÄ] Es sei kein Geld da, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar und müsse reformiert werden. Solche Sprüche klangen aus dem Mund eines Olaf Henkels (Ex-Präsident vom Bund Deutscher Industrie) als bloßes Kapitalistengequatsche. Inzwischen ist es amtliche Regierungspolitik. Geld ist aber genug da: die Gewinne erreichen immer neue Rekordhöhen. Bei jeder Massenentlassung steigen Aktienkurse und der DAX. Auf der anderen Seite verschulden sich die Armen, die Kommunen und der Staat und die Banken werden immer mächtiger und mit ihnen die Gläubiger. Sozialleistungen werden gekürzt, Bildungs- und Kulturetats beschnitten, Umweltschutz und Entwicklungshilfe eingeschränkt. Wer noch Forderungen an den Staat und an die Unternehmen richtet oder sich auch nur für die Bewahrung sozialer Errungenschaften einsetzt, bekommt zu hören: "Es sei kein Geld da".

Wenige fragen noch, wofür denn gespart wird. Und nirgendwo in der öffentlichen Debatte hört man den Einwand, dass doch Produktivität und Produktion in Deutschland wachsen und eigentlich eine Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse möglich sei. Der Verzicht auf die Vermögenssteuer und die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes belässt den Reichen zusammen jährlich ca. 22 Milliarden Euro mehr auf den Konten. Der geplante Kauf von 60 Militärair-bussen schlägt mit weiteren 8,3 Milliarden Euro zu Buche (dies entspricht in etwa den gesamten (!) deutschen Bildungsausgaben im Jahr 2003) Hinzu kommen bis 2015 weitere 16,7 Milliarden Euro für den Kauf von 180 „Eurofighter“-Kampfbombern. In Freiberg sollen für die "Städtische Wohnungsgesellschaft" Millionen locker gemacht werden, bei Zuschüssen für die Kinderbetreuung z..B. wird gekürzt. Geld? Gibt's doch genug!

Monopoly in Saxony

Kaufe kein Los, gehe direkt nach Freiberg zur "SWG" und kassiere 40 Mio!

Ein zusammenbrechendes Kartenhaus im Friedeburg Deal will die Freie Presse ausgemacht haben und Wochenspiegel-Macherin Sabine Ebert vermutet schwesterliche Lösungssuche im "Darmstädter Echo". Doch es kommt alles noch viel schlimmer. FreibÄrger bat den Redakteur von Radio Darmstadt, Walter Kuhl, um seine Einschätzungen. Sein Beitrag "Chronik einer Übernahme", den wir leicht aktualisiert abdrucken, wurde am 22. Dezember ausgestrahlt.

Eigentlich ist es eine beschauliche Ehe, welche die südhessische Wirtschaftshochburg Darmstadt mit dem kleinen sächsischen Bergbaustädtchen Freiberg führt. Doch wie in jeder guten Ehe, die zwar als Liebe auf den ersten Blick entstanden sein mag, dann aber als materielle Zweckgemeinschaft fortgeführt wird, kommen die unterschiedlichen Interessen im Laufe der Zeit deutlich zum Vorschein. Dabei war alles so schön angedacht. Die notleidenden Gebiete Ost suchten sich potente Partner West, um die vorgeblich marode Infrastruktur auf den neuesten Schrei der postmodernen Nützlichkeit hochzuheben. Im Jahr 1996 schloß die Städtische Wohnungsgesellschaft Freiberg mit dem Darmstädter Bauverein einen dem Zeitgeist entsprechenden dubiosen Vertrag ab. Mitten in den Jahren des ungehemmten Aktienbooms und der Verlockungen an Gewinn und Mehrwert dachten sich beide Seiten, ein geniales Geschäft zu Lasten der im Freiberg Stadtteil Friedeburg Wohnenden abschließen zu können. Und das ging so: der Bauverein kauft 930 Wohnungen an und saniert sie. Dieses Geschäft wird durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert; weitere steuerliche Begünstigungen wurden dem Zeitgeist entsprechend abgezockt. Das Geschäft hatte jedoch von vornherein einen Haken, der vorsichtshalber in einem Geheimvertrag abgedockt wurde. Zehn Jahre später sollte die Freiburger Wohnungsgesellschaft diese Wohnungen zurück-

nehmen müssen, und zwar zu einem Preis, der weit über dem Kaufpreis von 1996 und den Sanierungskosten des Bauvereins liegt. Keiner der damaligen Geschäftspartner scheint ernsthaft damit gerechnet zu haben, dass dieser Super-GAU eintritt. Hofften sie doch, dass die vielzitierten Investoren aus dem Westen und die vom Kapitalismus begeisterten Mieterinnen und Mieter aus dem Osten nichts Besseres mit ihrem Geld anzufangen wüßten, als die modernisierten Wohnungen zu einem guten Schnäppchenpreis zu kaufen. Ein gutes Geschäft für die Freiburger und Darmstädter Gesellschaften wäre das gewesen, nur - es kam ganz anders. Die Kaufwilligen standen nicht Schlange, sondern konnten bei einer Arbeitslosenquote von 20% nicht einmal mit der Lupe gefunden werden. Der Bauverein zog also die Notbremse und forderte die Freiburger Wohnungsgesellschaft zum Rückkauf auf. Die jedoch hatte keine Rücklagen für diesen Fall angelegt; und auch der Eigentümer der Gesellschaft, die Stadt Freiberg, mußte in einem solchen Rückkauffall Insolvenz anmelden. Szenen einer Ehe also. Doch wer sind die Schuldigen? Auf Darmstädter Seite sind sie leicht auszumachen: Die Stadt Darmstadt als Eigentümer des Bauvereins wurde von Peter Benz als Oberbürgermeister und vom ehemaligen CDU-Magistratsmitglied Wolfgang Rösch als Bauvereins-Chef vertreten. Ob Benz damals in aller Ausführlichkeit informiert war, ist jedoch ungeklärt. Mag sein, dass ein solch seltsamer Deal vorsichtshalber nicht zur Chefsache erklärt wurde. Auf Freiburger Seite waren der damalige CDU-Oberbürgermeister Konrad Heinze und der heutige Finanzbürgermeister Arnd Böttcher beteiligt. Die derzeitige SPD-Oberbürgermeisterin Uta Rensch müßte also *eigentlich* gute Karten haben, wenn sie direkt mit der Darmstädter Führung in Verhandlungen treten wollte. Eine rot-grüne Koalition mit Benz als Chef und Hans-Jürgen Braun als Nachfolger von Wolfgang Rösch wird doch sicher die kleine Schwesterstadt

nicht im Regen stehen lassen? Doch wer behauptet heute noch, dass Sozialdemokraten solidarische Werte und Tugenden vertreten? Es geht ums Geschäft; und beim Geldverdienen hört bekanntlich jede Freundschaft auf. Uta Rensch jedenfalls hat schon einmal angedroht, die Rechtmäßigkeit der gesamten Vertragskonstruktion überprüfen zu lassen. Nun mahlen die Mühlen der Justiz bekanntlich langsam und nicht unbedingt auch gründlich und zur Zufriedenheit der beteiligten Prozeßparteien. Deshalb fuhrten am Montag, dem 22.12.2003 OB Peter Benz und Bauverein-Chef Hans-Jürgen Braun nach Freiberg, um mit ihren Freiburger Ehepartnern einen tragfähigen Kompromiß zu finden. Andeutungsweise läuft dieser jedoch in eine Richtung, die nichts Gutes verspricht. Anstatt auf strittige Forderungen einfach zu verzichten und eine neue solidarische Basis für zukünftiges Geschäftemachen zu finden, sieht es so aus, als wolle der Bauverein die Situation so nutzen, die Städtische Wohnungsgesellschaft aus Freiberg zu übernehmen. Ob es sich dabei *nur* um eine Minderheitsbeteiligung handelt oder um einen mehr oder weniger *unfriendly takeover*, muß die Zukunft zeigen. Denn es muß noch ausgehandelt werden, wie die zu übernehmende Städtische Wohnungsgesellschaft bewertet wird, um dann die Forderungen des Bauvereins mit der Bewertung der Freiburger Gesellschaft zu verrechnen. Die Investoren aus dem Westen des Jahres 1996 könnten so ganz unerwartete Früchte ernten, wie sie nicht einmal im damaligen Geheimvertrag vorgesehen waren. Und wie im Kapitalismus üblich, muß dann damit gerechnet werden, dass sich der Bauverein die Rosinen rauspicks, den übernommenen Laden gründlich aufmischt und neoliberal zurichtet - und anschließend meistbietend verkauft. Die rot-grüne Koalition um Gerhard Schröder mit der *Agenda 2010* und Roland Koch mit seiner *Operation Sichere Zukunft* weisen hier den Weg, was dies für Beschäftigte und Betroffene bedeuten könn-

te. Dem am 22.12.angesetzten Treffen war jedoch im Oktober pikanterweise ein Besuch der CDU-Stadtratsfraktionschefin Anette Licht und des ehemaligen CDU-Oberbürgermeisters Konrad Heinze beim Bauverein vorangegangen. Ob hierbei die nicht vorhandene SPD-Solidarität übergangen werden sollte oder ob einige Beteiligte versucht haben, ihren Kopf zu retten, ist unklar. Denn ein Gerichtsverfahren könnte Verfehlungen durchaus auch aufdecken, für die selbst nachträglich einzelne Beteiligte persönlich haftbar gemacht wer-

den könnten. Bauvereins-Chef Hans-Jürgen Braun wurde Anfang des Monats in der lokalen *Freien Presse* mit den Worten zitiert: „Aber diesmal wird nichts mit heißer Nadel gestrickt.“ Unwahrscheinlich, dass 1996 heiße Nadeln beteiligt waren. Wahrscheinlich war es eher eine vom Börsenfieber ausgehende Euphorie, die zu einer kurzfristigen Blockade des Denkvermögens geführt hat. Bezahlen, so dachten sich das die damals Beteiligten, bezahlen müssen dieses Geschäft ohnehin diejenigen, die hierfür zur Kasse gebeten werden: Mieterinnen und Steuerzahler.

Was Hans-Jürgen Braun mit seinem Nadel-Aphorismus gemeint hat, könnte auch als Drohung verstanden werden. *Diesmal* wird das Geschäft so abgewickelt, dass nicht im Nachhinein neue Komplikationen auftreten, die womöglich die Scheidung einer zumindest für den Darmstädter Teil profitablen Ehe bedeuten könnte. Hans-Jürgen Braun ist ein Vertreter des neoliberalen Flügels der Grünen. Und in genau dieser Funktion wurde er zum Chef des expandierenden Darmstädter Wohnungsbaukonzerns ernannt. Fortsetzung folgt .. **Walter Kuhl**

Dokumentation

aus der gemeinsamen Erklärung der VertreterInnen der Stadt Darmstadt, Freiberg, der Darmstädter Bauverein AG und der Freiburger SWG vom 22.12. 2003

[...] Der frühere Vorstandsvorsitzende der Bauverein AG Darmstadt Dr. Rösch erläuterte kurz die in der Vergangenheit aus Sicht des Bauvereins entstandenen Vorgänge. Die Bauverein AG erwarb 1996 von der SWG für 15,8 Mio. • 930 Wohnungen in Freiberg-Friedeburg. Dies entsprach einem Preis von 307,— €/m² Wohnfläche zuzüglich der Anschaffungs-Nebenkosten von 1,4 Mio. •. Mit der SWG der Stadt Freiberg war ein Sanierungs- und Stadtentwicklungsprogramm verabredet worden. Die Sanierungskosten in Friedeburg, die durch die Bauverein AG aufgewandt wurden, betrugen insgesamt 21,5 Mio. • = 417,- €/m² Wohnfläche. Die Sanierung selbst wurde durch die SWG als Generalunternehmer durchgeführt. Soweit uns bekannt, wurde hieraus ein Gewinn innerhalb der SWG erzielt, so Dr. Rösch. Insgesamt wurden 38,7 Mio. •, das sind 721,— €/m² Wohnfläche aufgewandt, um die Wohnungen attraktiv für die Mieterprivatisierung und die weitere Vermietung zu machen. [...] Der Geschäftsführer der SWG Freiberg, der zusammen mit den zuständigen Prokuristen von der Bauverein AG die Details vorbereitet hatte, erläuterte, dass die Unterzeichner dieses „Letter of Intent“ ohne Verzicht auf und Einschränkung ihrer jeweiligen Rechtsposition grundsätzlich eine einvernehmliche Lösung anstreben würden, bei der die Sicherheit und Stabilität für die Freiburger Mieterinnen und Mieter, eine wirtschaftlich vertretbare Belastung der SWG und die Vermeidung von Vermögensverlusten für die Bauverein AG erreicht werden soll. Er erläuterte die Kernpunkte der vereinbarten Vorgehensweise wie folgt: 1. Es solle überprüft werden, ob die Andienungsvereinbarung ganz oder teilweise in eine Beteiligung der Bauverein AG an der SWG umgewandelt werden könne. Auch andere Szenarien, die den gleichen Zweck erfüllen, sollen überprüft werden. 2. Für Feststellung und richtigen Einstellung von Beteiligungsquoten soll der Unternehmenswert der SWG im Einvernehmen der Partner festgestellt werden. 3. Die Stadt Freiberg und die Stadt Darmstadt haben sich gegenseitig verpflichtet, alle Informatio-

nen auszutauschen, die zum oben geschilderten Zwecke erforderlich sind. 4. Die Ergebnisse der Unternehmenswertermittlung und ein passendes Umsetzungsmodell soll bis zum 29.02.2004 den Gremien auf der Freiburger und auf der Darmstädterseite zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.[...]

Aufruf+++++++Aufruf

Alternative Kommunalpolitik

Freibergs Stadtrat hat in der noch laufenden Legislaturperiode deutlich gemacht, woran es ihm mangelt: an konstruktiven Debatten und an einer sinnvoll arbeitenden Opposition. Die Interessen vieler Bürgerinnen und Bürger konnten von diesem Stadtrat einfach nicht vertreten werden, weil er Politik über die Köpfe von Freibergs EinwohnerInnen betrieb. Während dem Ex-OB Konrad Heinze (CDU), stets der Spruch von den Lippen ging "Alles zum Wohle der Stadt", hat sich seine Nachfolgerin Dr. Uta Rensch (SPD), die nicht alles, aber vieles besser machen wollte, nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Von der Oppositionspolitik der PDS war nicht zu viel zu erkennen. Im Skandal um die SWG hatte sie nichts Eiligeres zu tun als kapitalistisch arbeitende Unternehmen freundlichst darum zu bitten, weniger Gewinn zu machen. Das war und ist zu wenig! AUF und Haus&Grund fühlen sich nur einer engen Klientel verpflichtet. Wer diese Zustände ändern möchte, sollte zum Treffen zur Vorberei-

tung einer kommunalpolitischen Alternative am **25. Januar** ab 17.30 Uhr im Dunkelhof, Kreuzgasse 7, kommen.
Gruppe: Alternative Kommunalpolitik in FG

Fest der Kulturen

Das Fest der Kulturen, das im Rahmen der "Freiberger Interkulturellen Tage" (FIT) am 9. November in der "Alten Mensa" stattfand, war ein riesiger Erfolg. Hunderte TeilnehmerInnen kosteten am international ausgerichteten Buffett und lauschten internationaler Folklore. Alt und Jung kamen voll auf ihre Kosten.





Berlin 1. November

120.000
waren erst der
Anfang





Arbeitslosengeld II:

Armut und Schwarzarbeit für Beschäftigte und Erwerbslose?

Info- und Diskussionsveranstaltung mit Guido Grüner von der Arbeitslosenzzeitung **Quer**.

5. Februar, Brauhof, 19.00 Uhr



Worch & Co. in Hoyerswerda und Cottbus



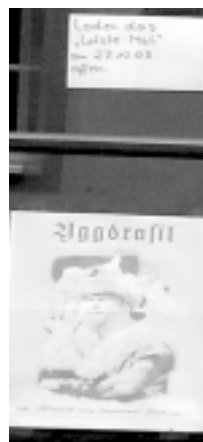
Früher hieß es noch "Heute Deutschland und morgen die ganze Welt"

[PeCo] Ein „donnernder politischer Paukenschlag“ zum „Abschluß des Kampfesjahres 2003 „, sollte es werden, was die Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) und Christian Worch am 13. Dezember 2003 in Hoyerswerda und Cottbus planten. Zwei Aufmärsche sollten Kampfstärke und Entschlossenheit zeigen. Gegen die EU-Osterweiterung und die angebliche Bedrohung durch Tausende Fremdarbeiter und -körper, die die deutsche Identität zersetzen wollen, sollte marschiert werden. Ein Erfolg wurde es nicht. Trotz massiver Mobilisierung und der Ankündigung von fünf Rednern und zwei Liedermachern, darunter Günther Deckert (sagte krankheitsbedingt ab), Gordon Reinholz u.a., waren es nur 150 Neonazis, die den Weg nach Hoyerswerda fanden. Darunter etwa zwei Drittel von außerhalb, wie die üblichen Worch-Begleiter um Thorsten Heise von der Kameradschaft Northeim, die Kameradschaft Göttingen, die Pommersche Aktionsfront mit Sebastian Richter aus Hoyerswerda und der Märkische Heimatschutz. Die Neonazis marschierten - typisch für Hoyerswerda - ohne nennenswerten Protest aus der Bevölkerung. Zwar wurde ihr Treffpunkt mit „Händen gegen rechts“ „geschmückt“ und als die Neonazis schon weiter gezogen waren, gab es auch noch eine Kundgebung der Stadt, wobei gegen die Nazis „angeschwiegen“ wurde. So darf nur ein Resümee gezogen werden: Unge-

stört ließ man mit Worch & Co. die geistigen Brandstifter marschieren, die mitverantwortlich zeichnen für die rassistischen Pogrome, welche die Stadt im September 1991 weltweit bekannt machten und das Fanal für eine bisher nicht gekannte Stufe des Menschenhasses darstellen. Ein anderes Bild zeigte sich Stunden später in Cottbus. Hier plante ein linkes Bündnis eine Demonstration gegen die Nazis, die so von der Verwaltung eingeschränkt wurde, dass man sich entschloss, sie nach der Auftaktkundgebung gleich wieder aufzulösen und zur Blockade des Nazi-Aufmarsches aufzurufen. Schon zu Beginn des Nazi-Aufmarsches musste die Polizei den Nazis den Weg mit Knüppeln und Einsatz von Pfefferspray frei prärgeln. Wie in Hoyerswerda spielte auch in Cottbus die Stadt keine rühmliche Rolle. Im Vorfeld beteiligte sie sich an den Schikanen gegen das linke Bündnis und rief selbst zu einer „Besendemo“ nach den Nazis auf, um den „braunen Dreck“ aus der Stadt zu fegen. Hierzu kamen statt erwarteter 3000 BürgerInnen nicht einmal 300.

Endlich!

Am 27. 12. hat der Laden „Yggdrasil“ geschlossen, seit dem 1. April 1999 in der Kirchgasse, um im Dark-Wave -Bereich Profite auch mit Nazi-Ideologie zu machen. Obwohl die „Welt- esche“ (=Yggdrasil) laut Mythos die vornehmste und heiligste Stätte der Götter sein soll, führte die ausbleibende Kundschaft zur Geschäftsaufgabe. Lukrative Veranstaltungen wie die „Silber-nächte“ im inzwischen wieder „verstaatlichtem“ Schloß Freudenstein, bescherten den Machern des Ladens Scheidung/Schwarz nicht den notwendigen Extraprofit. Nun sind sie fort – und das ist gewiss gut so.



Mahnfeuer am Nazi-Deckert-Zentrum

[fbÄ, r] Bei feucht-kaltem Wetter machten sich am 20.12.2003 um die 40 überwiegend jugendliche Menschen auf den Weg nach Gränitz, um dort an einem antifaschistischen und antirassistischen Mahnfeuer teilzunehmen. Noch immer ist unklar, ob der frühere NPD-Vorsitzende und aufgrund seiner Leugnung des Holocaust zu jahrelanger Haft verurteilte Günter Deckert aus Weinheim dort ein Nazi-Zentrum betreiben wird. Im Augenblick ist das Gebäude vom Landratsamt versiegelt worden, weil Deckert ohne eine Baugenehmigung zu besitzen, dort schon Räum- und Bauarbeiten verrichtet hat. Hierzu scheute er sich in der Vergangenheit nicht, die jugendliche Arbeitskraft von Mitgliedern



der Kameradschaft Norkus, einer Tarnorganisation der NPD aus Freiberg und der „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) auszubeuten. In der Öffentlichkeit machte er keinen Hehl daraus, dass dort ein Sammel- und Treffpunkt von alten und jungen Nazis etabliert werden soll. Der in einen nachgereichten Bauantrag angegebene Grund, lediglich ein Wohnhaus zur privaten Nutzung errichten zu wollen, wurde von der oftmals nicht so regen Kreisbehörde als das erkannt, was es ist: eine grobe Täuschung. Der Bauantrag wurde abgelehnt und Günter Deckert war um die 1000 Euro Gebühren los. Das Geld für das Gebäude soll er nach Auskunft von SPIEGEL TV zu einem großen Teil von dem in Spanien lebenden Altnazi Rolf Hanno erhalten haben.





Gisela Karau im Antik-Cafe

[Anit] Ein spannender Abend erwartete mich am 20.10.03, denn ich würde zum ersten Mal die Schriftstellerin Gisela Karau treffen, um mir eine ihrer Lesungen anzuhören. Frau Karau (geb. 1932), ist eine junggebliebene, freundliche Berlinerin, die 1950 nach dem Abitur ihren Berufsweg als Journalistin bei der „BZ am Abend“ begann und dort bis 1990 als Kolumnistin tätig war. In den siebziger Jahren wandte sie sich der literarischen Arbeit zu. Sie schrieb Kinderbücher, „Der gute Stern des Janusz K.“ (eine mitreißende Erzählung einer Jugend in Buchenwald). 1993 wurde dieses Buch von der Stiftung Lesen für den Schulunterricht empfohlen. Außerdem schrieb sie Romane („Die Liebe der Männer“, „Marthas Haus“ oder „Der Kopf im Keller“, „Buschzulage“) und leistete mit dokumentarischen Arbeiten wie „Grenzprotokolle“ und „Stasiprotokolle“ Beiträge zur Geschichtsausarbeitung. Wie man sieht, eine sehr kluge, facettenreiche Dame. Da saß ich nun, im Freiburger Antik – Cafe um 17:00 Uhr, in einer kleinen Runde aus Interessierten, unter anderen war auch die Leiterin der Freiburger Kinderbibliothek dabei, ihr ist Frau Karau ganz besonders ans Herz gewachsen. Frau Karau hatte an diesem Tag schon zwei Lesungen am Gymnasium hinter sich und verließ das Antik – Cafe

auch schon wieder ungefähr um 19:00 Uhr, da sie noch einen weiteren Termin in Brand – Erbsdorf hatte. Aber diese knappen zwei Stunden, die ich mit ihr erleben durfte, waren gefüllt mit dem faszinierenden Ideenreichtum der Berlinerin. Im Mittelpunkt stand ihr Buch „Küsse aus Eis“, eine Geschichte um zwei Gymnasiasten aus Berlin, Indira und Henry, die sich lieben. Helmut, ein zwiespältiger Herr eines Reiterhofes will Henry unbedingt von Indira trennen und ihn in seinen Bann ziehen. Indira findet durch halbschwererische Nachforschungen heraus, dass der Reiterhof in Wirklichkeit ein Nazi-Treff ist. Nun stellt sich die Frage ob Indira es wohl schaffen wird, den teuflischen Einfluss, dem Henry zu erliegen droht, mit der Kraft ihrer Liebe zu stoppen. Frau Karau begann erst einmal lebhaft zu erzählen, wie sie eigentlich auf die Idee zu der Geschichte „Küsse auf Eis“ kam, ohne irgend ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Danach las sie direkt aus dem Buch vor und später erzählte sie von ihren neusten Büchervorhaben (z.B. der witzigen Geschichte „Lola spinnt.“) Ich genoss die kurze, aber höchst interessante Zeit mit der sympathischen Frau Gisela Karau. Sie hat bei mir mit ihrem ehrlichen, charmanten Charakter einen bleibenden Eindruck hinterlassen. So-

bald ich an diesen Novemberdonnerstag zurück denke, erscheint ein fröhliches, zufriedenes Lächeln auf meinem Gesicht. Ich wünsche Gisela Karau alles Gute für die Zukunft, dass wir noch mehr von ihr zu lesen bekommen und natürlich dass man sie bald wieder „live“ in Freiberg, mit neuen Büchern im Schlepptau, erleben kann.

Rechtsrock

Zu der Veranstaltung "Rechtsrock", die am 13. November im Brauhof auf Einladung der Bürgerinitiative "KeinNazi-Zentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!" und der FreibÄrger Jugendinitiative "Buntes Leben" stattfand, kamen ca. 40 überwiegend jugendliche ZuhörerInnen. Die Referenten, Herausgeber des Sammelbandes 'Rechtsrock', konnten die Entwicklung des Rechtsrocks von den Anfängen bis heute überzeugend darstellen. Überrascht waren die ZuhörerInnen über die relativ hohe Anzahl von Nazi-Bands und Label in Sachsen.

Termine

Der "Runde Tisch für soziale Gerechtigkeit - gegen Sozialabbau im Kreis Freiberg" lädt zu einem Bürgerforum mit dem Thema: "Die 'unbezahlbare' Solidarität - was kostet mich zukünftig meine Gesundheit" am Donnerstag, dem **15. Januar** in den Brauhof ein. Beginn: 18.00 Uhr. Es sprechen: Frau Dr. Ruth Fuchs (BuVo-PDS), Peter Kätzel (Vizepräsident der Volkssolidarität). Moderation: Elke Altmann (MdL, PDS)

Am **14. Februar** veranstaltet die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) ihren Trauermarsch anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens. Der Nazi-Anwalt Rieger und der Nazi-Meistersinger Frank Renniecke werden als Teilnehmer erwartet. Der Marsch soll um 12.00 Uhr hinter der Semperoper beginnen. Um 17.00 Uhr hat das „Nationale Bündnis Dresden“ eine Saalveranstaltung mit Renniecke angemeldet. Am Folgetag wollen die Neonazis eine „Friedensdemo“ veranstalten. **Gegenaktionen** sind geplant!

Die Partei [Peter Hacks]

*Von zwei Millionen blieben
Kaum eine Handvoll grad.
Er hat sie aufgerieben
Gorbatschows Verrat.*

*Sie haben keine Traute.
Ihr Busen ist verwirrt.
Und wer je auf sie baute,
Hat sich verdammt geirrt.*

*Ach, Volk, du obermieses,
Auf dich ist kein Verlass.
Heute willst du dieses.
Morgen willst du das.*

*Doch wenn sich die Dinge ändern,
Die Dinge und das Glück,
Von ihren Grabesrändern
Humpeln sie kichernd zurück.*

*Und lassen das Gekränkelt
Und zeigen und kichern dabei
Auf ihrer Kinder und Enkel
Viermillionenpartei*

Hat die PDS noch eine 2. Chance fragt Achim Grunke in "Linksworte" Nr. 196 und gibt auch gleich die Antwort. Klar, habe sie eine Chance, meint der Kreisvorsitzende der Freiburger PDS, und zählt auch gleich die „beträchtlichen Potenziale“ auf, die laut Andre Brie (EU-Abgeordneter der PDS) der Partei des Demokratischen Sozialismus verblieben. Potenzial kommt von Potenz und die steht im medizinischen Sinne für den Grad der Verdünnung einer homöopathischen Medizin. Nun ist Deutschland kein Volkskörper, und die PDS keine Arznei, auch wenn das die diversen nationalen Ausfälle einer Petra Pau und anderer nahe legen, dass diese Ansicht in der PDS mehrheitsfähig sein könnte. Aber das Bild trifft den Kern der Sache doch ganz gut. So will die PDS ausgerechnet mit Regierungsbeteiligungen gegen den Sozialabbau agieren. Homöopathie funktioniert ja bekanntlich, indem Kranken Abwehrstoffe, in größter Verdünnung, verabreicht werden, welche in größerer Dosierung zu einer Krankheit führen würden. Dass dieses Konzept natürlich Unsinn ist, liegt auf der Hand. Im Kapitalismus werden üblicherweise die gewählt, denen die Menschen am besten zutrauen

Hatte die PDS denn je eine Chance ?

en den WAHNSINN auch VERNÜNFTIG zu verwalten. Zu diesem Kreis zählt die PDS nicht. Sie ist weder Fisch noch Fleisch. Der Sozialabbau wird vorangetrieben, ob die PDS nun mit 40 % im Freiburger Kreistag sitzt oder mit 40 % im Bundestag. Genauso wenig wie es einen Unterschied macht, ob die SPD oder die CDU regiert. Sie alle haben die gleiche Option, nämlich Keine. Wenn es dessen noch eines Beispiels bedurft hätte, dann wäre dies die Regierungsbeteiligung der PDS im Land Berlin. Auch dort wird das Sozialticket abgeschafft, Studiengebühren werden eingeführt, im „soziokulturellen Bereich“ und auch so wird gekürzt, was halt gekürzt werden kann, am liebsten übrigens bei denen, die eh schon kaum noch was unterm Tannenbaum haben. Ich möchte der PDS nicht unterstellen, dass sie kein „soziales Gewissen hat“ (was auch immer das im Kapitalismus bedeuten mag) und womöglich mit ihrer Regierungsbeteiligung nicht „das Schlimmste verhindern will“. Das Schlimmste ist aber mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten bereits eingetreten und was jetzt kommt ist nur ein Epilog. Es wird übrigens des öfteren vergessen, dass das Zertrümmern der sozialen Sicherungssysteme gar nicht möglich gewesen wäre, wenn die „Bedrohung“ durch den „Ostblock“ nicht weggefallen wäre. Da es also mit der „ernstzunehmenden politischen Alternative“ (A. Grunke) und gleichzeitigem Bekenntnis zur „sozialen Marktwirtschaft“ (man könnte sich auch zum trockenen Regen bekennen) nicht so recht klappen mag, weil es in der Natur der Sache liegt, dass eine Partei des demokratischen Sozialismus derzeit eh nur die schlechtere sozialdemokratische Politik macht, weil es also damit nicht klappt, werden die WählerInnen auch weiter auf die „seriösen Alternativkonzepte“ (A. Grunke) verzichten. Unisono müssen also unseriöse Konzepte her.

1. Verzicht auf den ganzen nationalen oder ostregionalen Bezug. Nationalistisch durfte man vielleicht als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik

sein, nach 1989 verbietet sich so etwas selbstredend. Antinational heißt beispielsweise auch nicht jeden nationalen Hype wie die von SPD & Grünen angeführte Friedensbewegung zu unterstützen. Auch wenn man sich damit bei der großen Mehrheit der Bevölkerung unbeliebt macht. Dieser Mehrheit war es by the way noch 1999 ziemlich egal, dass deutsche Tornados Belgrad bombardieren.

2. Sofortige und unfeierliche Auflösung der PDS (genauso wie Auflösung der DKP) und Diskussionen darüber, wie sich Kommunisten heutzutage organisieren sollten. Das Diktum Max Horkheimers darf hier als bindend angesehen werden: zeitgemäße Methoden zur Bildung unzeitgemäßer Kollektive, die den Einzelnen in echter Solidarität zu bewahren vermögen.

3. Keine konstruktive Politik. Kritik als Zweck und nicht als Mittel. Am Besten also keine Politik mehr.

4. Wenn Politik, dann darf sie sich gern in „Forderungen“, nach Generalstreik, für 100 % mehr Lohn und 100% weniger für Mieten, erschöpfen.

5. Revolution, Verstaatlichung der Produktionsmittel und wir wissen ja wie es weitergeht - neuer Versuch also.

Da die Punkte 2-5 gerade nicht auf der Tagesordnung stehen, obwohl es natürlich charmant wäre, wenn die Bundesregierung ein Verbotsverfahren gegen die PDS anstrengt, darf die Freiburger PDS ja schon mal mit Punkt 1 anfangen. Dazu gehört, ganz klar, die Unterstützung derjenigen, die in Punkt Eins schon weiter sind als die Partei. Zum Beispiel Prozesskostenhilfe für die wegen antifaschistischer Aktivitäten angeklagten Freiburger. Diese Euros sind im Sinne der Punkte 2 bis 5 bestens angelegt, besser jedenfalls, als all die verschwendete Energie, wie man dem Kapitalismus ein „menschliches Antlitz“ verpassen könne. Denn schließlich geht's ja um die Bäckerei und nicht nur um ein Stück vom Kuchen, oder?

Luise Kraushaar



[hanman] Varvarin, der Name dieser kleinen serbischen Stadt wird immer stärker zu einem Synonym der deutschen und internationalen Friedensbewegung. Der 30. Mai 1999 war ein sonniger, wunderschöner Frühlingstag. Tausende Varvariner spazierten vom Markt zum Kirchenfest, tätigten Einkäufe, trafen Freunde. Um 13:00 Uhr flogen zwei Nato-Kampffjets über die Brücke von Varvarin. Eine Brücke, schmal und mit geringer Tragfähigkeit, die den Fluss Morava überspannt. Keine Tragfähigkeit für Panzer, kein Militär auch nur in der Nähe. Aufgrund des Wetters konnten die beiden Piloten dies genau sehen. Aber sie schossen zwei Raketen ab. Brücke zerstört! Auftrag erfüllt! Leider auch ein paar Zivilisten erwischt – sorry Kollateralschäden! Varvarin wurde zu einem Ameisenhaufen. Menschen suchten Deckung, andere liefen zur Brücke, nur von einem Wunsch erfasst: helfen! Das wollen sich auch die Jet – Piloten nicht entgehen lassen. 13:10 Uhr kehrten sie zurück. Opferten noch mal zwei Raketen. Nun war der Auftrag endgültig erfüllt. 10 Tote und 30 Verletzte, davon 17 schwer.

Kollateralschäden? Pech? - Mord!

In den gesamten Tagen der Bombardierung wurden nur 14 Panzer der jugoslawischen Armee vernichtet, aber hunderte Krankenhäuser und Schulen. Zur gleichen Zeit verfolgten in Deutschland

Menschen verzweifelt das Geschehen. Sie beschlossen: „Diese Verbrechen müssen öffentlich gemacht und bestraft werden. Nach dem Krieg reisten sie nach Varvarin und schließlich klagten 35 Bürger aus dem kleinen serbischen Städtchen gegen die Bundesrepublik Deutschland. Es klagten die Verletzten und die Hinterbliebenen der 10 Toten, darunter die Eltern der damals 15-jährigen Sanja. Warum eine Klage in Deutschland, die Identität der Flugzeuge ist ja nicht bekannt und die Bundesregierung bestreitet jede deutsche Beteiligung: -weil es hier Menschen gibt, die in einem Projekt rat Spenden für den Prozess sammeln und die Klage unterstützen. Weil Deutschland in einem Nato – Gremium der Bombardierung zustimmte, jedes Nato-Land konnte ein Veto einlegen. Nur bei Einstimmigkeit wurde bombardiert. - Weil deutsche Tornados als Schutz für andere Mörderflugzeuge voraus flogen. Luftabwehrstellungen der Jugoslawen ausschalteten und die Angriffe überwachten.

Prozess vor dem LG Bonn

Am 15. Oktober kam es nach fast 4 1/2 Jahren zum Prozess beim Landgericht Bonn. Richter Sonnenberger erklärte sich für zuständig und versprach ein faires Urteil nach Prüfung aller komplizierter Umstände. Er sprach den Varvarinern sein tiefstes Beileid aus und erweckte den Eindruck, die Menschenrechte wei-

terzuentwickeln. Dafür sei dieser Präzedenzfall geeignet. Die Urteilsverkündung war für den 10. Dezember angekündigt. An diesem Tag nahmen Zoran und Vesna Milenkovic, die Eltern Sanjas, Verica Ciric, Tochter des ermordeten Priesters Ciric und Slobodan Iranovic, er wurde beim Angriff schwer verletzt - in Bonn teil. Am Vorabend der Verhandlung fand in der Uni Bonn eine Veranstaltung zu Varvarin statt. Vesna wurde gefragt, ob sie Deutsche hasst und was sie zu ihnen zu sagen hätte: „ Ich hasse die Deutschen nicht, ich bin selbst hier aufgewachsen. Aber glaubt bitte nicht, das, was uns passiert ist, kann euch nicht passieren. Als Krieg war in Kroatien, in Bosnien glaubte ich, das ist weit weg: Beim Kosovokonflikt dachte ich auch noch, das wird bei uns nie passieren. Und dann ist es passiert. Glaubt nie, dass es auch bei Euch nicht passieren kann.“

Am 10.12. früh herrschte großer Andrang vor dem Gericht in Bonn. Um 11:40 Uhr verkündete der Richter sein Urteil: „Die Klage ist kostenpflichtig abgewiesen!“ Es war wieder Richter Sonnenberger, aber eine ganz andere Person. Mein Eindruck war, Angst vor der eigenen Courage. Vermutlich war er beim Überdenken der Konsequenzen eines gerechten Urteils eingeknickt. Das Urteil war zwar zu erwarten, trotzdem waren viele enttäuscht. Die vollständige Urteilsbegründung kann im Internet unter: www.justiz.nrw.de

– Stichwort: Rechtsbibliothek nachgelesen werden.

Der Prozess war auch ein Erfolg

Die Deutsche Regierung wurde – ganz gegen ihren Willen – gezwungen, sich ihren Opfern gleichrangig zu stellen. Eine breite Öffentlichkeit hat erstmalig wenigstens eines der brutalen NATO – Verbrechen zur Kenntnis genommen. –Die Klage ist zugelassen, Berufung und weiterer Rechtsweg sind möglich. Wie weiter? Die Kläger sind entschlossen, in Berufung zu gehen. Die Anwälte und der Projektrat werden nach Varvarin fahren und weitere Schritte beraten. Aber auch für uns deutsche Unterstützer heißt es weitermachen: Spenden für die Berufung sammeln und weitere Öffentlichkeitsarbeit. Dabei kann man bereits auf bewährte Möglichkeiten zurückgreifen. Die Ausstellung der Berliner Fotografin Gabriele Senft dokumentiert das Nato – Kriegsverbrechen. Dazu ist auch ein Buch erschienen. Aber auch neue Aktionen müssen durchgeführt werden. Im Oktober gab Dittrich Kittner in Berlin das erste Konzert der Reihe „Künstler für Varvarin.“ Unlängst gab es ein zweites mit der Gruppe „Quijote“ in Chemnitz. Weitere sind geplant. Auch wird an die Produktion einer Soli – CD gedacht. Zahlreiche Künstler und Gruppen haben ihre Bereitschaft erklärt. Eine Aktion, die inzwischen auch international anerkannt wird, ist die Nelkenaktion mehrerer sächsischer Jugendgruppen - auch aus Freiberg. Seit März 2003 bieten sie bei passenden, aber auch unpassenden Gelegenheiten

Plastiknelken für mindestens 1 Euro an. Am 30. Mai waren zehn von ihnen selbst in Varvarin und nahmen an der Trauerfeier teil. Insgesamt sind schon über 800 Nelken am Denkmal niedergelegt. An jeder Nelke ist ein kleiner Zettel befestigt, mit dem Namen des Spenders oder einem Gruß an die Einwohner des kleinen serbischen Städtchens. Überwiegend kommen diese Grüße aus der tschechischen Republik und der Bundesrepublik. Aber schon gibt es Interesse aus den Niederlanden und eine Idee die Nelkenaktion nach Frankreich zu tragen. Auch Eure Hilfe wird gebraucht! Hat die Klage Erfolg, muss sich jede Bundesregierung überlegen, ob sie sich an einem Krieg beteiligt! Die zu erwartenden

Schadensersatzansprüche könnten immens sein und zum Nachdenken zwingen und den Frieden ein Stückchen näher bringen.

Informationen zur Ausstellung von Gabriele Senft, zu Berichten des Projekt-rates, der Nelkenaktion – einfach alles zu Varvarin, könnt ihr bekommen über DKP – Gruppe Erzgebirge/Vogtland, PF 1129, 08110 Wilkau – Haßlau oder SDAJ – Gruppe „Roter Stern“ Freiberg/Dresden sdaj.rotter-stern@web.de Spenden für Varvarin an folgendes Konto: Spendenkonto (geführt bei der Vereinigung demokratischer Juristen e.V.) Berliner Sparkasse – BLZ: 10050000 Konto: 33522014



Die Mutter von Sanja, Vesna, und die Freiburger "Nelkenmädchen" Mandy und Anne

Post an den FreibÄrger

Gerechte Strafe?

Sicher erinnert Ihr Euch noch an die Sache in Brand-Erbisdorf, als letztes Jahr im August ein paar Faschos zwei Jugendliche in Brand-Erbisdorf über den Haufen gefahren hatten. Einer davon wurde so schwer verletzt, dass er immer noch mit den Folgen zu kämpfen hat, der andere trug einen Knochenbruch davon, als das Fahrzeug über seine Beine fuhr. Am 03.11.2003 und am 10.11.2003 fand nun zu dieser Sache die Verhand-

lung am Amtsgericht Freiberg statt. Zu Beginn schien es, als wären die Zeugen nach einem Zufallsprinzip eingeladen worden – wenn überhaupt. Es waren gerade mal ein Zeuge des Angeklagten und drei (?) Zeugen der Verteidigung geladen worden. Na ja, schließlich hatte der Fascho auch nur ein paar Leute über den Haufen gefahren und die Anklage lautete auf „Fahrlässige Körperverletzung“. Die Tatsachen stellten sich so dar, dass die

Faschos zuerst einen etwa 16jährigen Jungen geschlagen hatten, der einfach nur telefoniert hatte und dabei wohl den Zorn der Kurzhaarigen hervorgerufen hatte. Der Richter fragte denn auch: „Ist das in Ihren Kreisen normal, dass man einfach nur so mal anhält, eine Person verprügelt und dann wieder abhaut?“. Der Zeuge Rene Männchen hatte das ebenfalls bestätigt. Anschließend haben sich die vier Faschos auf den Parkplatz beim

Gymi begeben, dort Bier getrunken und dabei vorbeilaufende Jugendliche belästigt. Dass sich das natürlich herumsprach, ist in Brand-Erbisdorf klar. Und logischerweise erschienen kurz darauf ein paar Punks und wollten wissen, was los sei. Als die Faschos die Leute anlaufen sahen, bekamen sie es mit der Angst zu tun, sprangen ins Auto und versuchten zu fliehen – leider aber nicht, wie zu vermuten wäre, in entgegengesetzter Richtung, sondern geradewegs auf die Heranlaufenden. Auf der Fahrt stadteinwärts fuhren sie dann zweimal auf die falsche Straßenseite. Beim ersten Mal angeblich, weil Flaschen auf ihr Auto geworfen worden wären - logisch (wieso eigentlich) durch den Schreck !!! Das

zweite Mal wurde eigentlich nicht so richtig gesagt warum. Das komische daran ist, dass der Zeuge Rene Männchen den Flaschenwurf gesehen haben will. Außerdem hat er genau gesehen, wie beim zweiten Unfall der Angefahrene sich quer auf die Straße gestellt hat, angeblich um das Fahrzeug aufzuhalten, das mit 60-70km/h angebraust kam. An alles andere kann er sich überhaupt nicht erinnern. Schon zweifelhaft, oder? Außerdem wies der Sachverständige nach, dass trotzdem der Angeklagte die Unfälle mitbekommen haben müsste, er nicht einmal ein kleinwenig gebremst hatte – also mit unverminderter Geschwindigkeit auf die Opfer losgefahren war. – Das sollte doch eigentlich ausreichen, um den Fahrer zu

mindest auf fahrlässige Tötungsabsicht zu verklagen, oder? Aber wie es immer so ist, einigten sich am Ende Staatsanwaltschaft und Verteidigung auf eine fahrlässige Körperverletzung, da sich ansonsten laut Richter die Verhandlung noch über Jahre hingezogen hätte. Die eingeladenen Zeugen wurden gleich wieder ausgeladen und nach kurzer Zeit stand auch schon das Urteil fest: 130 Tagessätze a 10,-•. Da ist es wohl nicht verwunderlich, dass sich der Fascho nachträglich noch mal mit lachendem Auge bei den Opfern entschuldigte – Für die Ersparnisse von mehreren Jahren Haft kann man das schon mal machen, oder? Es lebe die deutsche Justiz, kann ich da nur noch sagen! Euer **Spolle**

Die Tootsies (4)

*Es gibt Zustände, da reicht auch der Schelm dem Tod die Hand.
Was ist das für ein Leben,
wo Du immer nur davon träumen kannst,
wie es sein könnte
und wo dich doch der tägliche Schauer der Wirklichkeit ständig in das Nichts zurückholt?*

Die Tagebuchnotiz machte den seelischen Zustand von Tui-Tootsie offenkundig. Er war unversehens in seine Herbst-Depression gerutscht. Da war nichts mit ihm anzufangen und das Schlimmste, er wusste selbst nicht einmal, woher diese negativen Gefühle herührten, die ihn tagelang nicht aus dem Bett finden ließen. Dabei war es höchste Zeit; denn die große Action war angesagt. Er hatte die Aufgabe übernommen, wichtige Unterlagen aus dem Gartenhäuschen des früheren Verwaltungschefs Volker Nieheinz zu stehlen, zu kopieren und wieder zurück zu bringen. Es sollte nur eine vorübergehende Ausleihe sein. Klappte die Action und man würde später damit auffliegen, so wäre eine Bestrafung nach dem Diebstahlsparagrafen schwierig. So hatten sie das ausgetüfelt. Bella-Tootsie schob mit einem Kinderwagen an dem Grundstück von Nieheinz vorbei. Manchmal piffte sie sogar schmutzige Lieder, aber sie fiel gar nicht auf. In ein kleines Diktiergerät sprach sie alle wichtigen und unwichtigen Dinge, die ihr beim Checking auffie-



len. Nach einer Woche wusste sie bereits, wann Nieheinz morgens das Haus verließ, welche Straßenseite er bevorzugte, welchen von seinen Nachbarn er grüßte und an welchen er abschätzig vorüberlief. Sie hatte auch das Eingangsschloss zum Gartenhäuschen unbemerkt fotografiert und Mama-Tootsie hatte genau dasselbe Fabrikat in einem Baumarkt in der Nachbarstadt gekauft. An dem übte Tui-Tootsie zuhause das schnelle und geräuschlose Öffnen. Kommissar Katzenhai ging seiner Lieblingsbeschäftigung nach: Aufklärung. Das A & O jeglicher polizeilicher, militärischer und schulpolitischer Arbeit! Ur-

Durchblick nach Einbruch

sprünglich als Bezeichnung für eine sich aufhellende Sicht auf dem Meer von Seeleuten in die Welt gebracht, versteht der moderne Kriminalist darunter den Erkenntnisgewinn über Personen und Sachverhalte. Das Programm geistig-vernünftiger Arbeit des 18. Jahrhunderts hatte sich als Präventions- und Repressionsinstrument in staatliche Räson geschlichen und dauerhaft eingemischt. Nach Auskunft der Reinemachefrau, seiner steuerlich absetzbaren Putzhilfe, beabsichtigte Volker Nieheinz zum Wochenende hin, eine außerstädtische Reise anzutreten. Solche Erkenntnisse strichen die Tootsies beim morgendlichen Brötchen holen ganz nebenbei ein. Am Tag der Abreise war der Himmel bewölkt und Regen hing in der Luft. Bella-Tootsie sang einen Text von Günter Eich, zu dem sie sich ihre eigene Melodie erfand: „Nein, schläft nicht, während die Ordner der Welt geschäftig sind! Seid mißtrauisch gegen ihre Macht, die sie vorgeben für euch erwerben zu müssen. Wacht darüber, daß eure Herzen nicht leer sind, wenn mit der Leere eurer Herzen gerechnet wird! Tut das Unnütze, singt die Lieder, die man aus eurem Mund nicht erwartet! Seid unbequem, seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Welt!“ Den letzten Vers wiederholte sie mehrfach und ihr Singen ging in ein kräftiges Pfeifen über. Währenddessen schloss Tui-Tootsie geschickt im Look als Angestellter eines

Hausmeister-Unternehmens getarnt die Tür zu Volker Nieheinz Gartenhäuschen auf. In Sekundenschnelle stand er im großen Zimmer des Gartenhäuschens und es war auch kein Problem an den geöffneten Aktenschrank zu gelangen. Tui-Tootsie fuhr mit seinen Augen die Aktenreiter ab und wurde fündig. „Wohnungstausch (1996)“, das war die gesuchte Akte, mit der sie Nieheinz häufiger zu Ausschusssitzungen hatten gehen sehen. Die Akte war schnell eingesteckt und da keine Meldung von Bella-Tootsie über das Handy kam, die lautlose Vibration war eine perfekte Hilfe, verließ Tui-Tootsie das Gartenhäuschen. Er war sich sicher, keine Spuren hinterlassen zu haben. Als er die Straße erreichte, lief Bella-Tootsie hinter der Litfasssäule hervorkommend auf ihn zu, nahm ihn in ihre Arme, strich ihm seinen Schweiß von der Stirn und platzierte einen zarten Kuss auf sein Kinn. Tui-Tootsie schenkte ihr sichtlich erleichtert ein freundliches Lächeln. Für einen Augenblick schien die Welt ihre gewöhnliche Ordnung ein wenig verändert zu haben. Kommissar Katzenhai lag derweil im Bett neben Tigerente. Sie hatte mal wieder mit ihm geschlafen und jetzt grübelte er noch über ihren Satz, den sie ihm kurz nach seiner obligatorischen Frage „Monika, war es auch schön für dich?“ an den Kopf geworfen hatte: „Hurensöhne wissen nicht, was Liebe ist! Hurensöhne schwören nicht und lügen nicht; denn sie kommen und sie gehen in einer Nacht.“ Das feuchte Glitzern seiner Augen auf ihrer Haut nahm sie nicht mehr wahr. Ihre Leidenschaft war kalt wie Eis. Was war schon die Liebe eines Cops gegen die eines gebildeten und durchtriebenen Verwaltungschefs? Der aber tummelte sich als gediegener Revanchist in Kaliningrad, wo er einer deutschtümelnd geschäftigen Clique eine handvoll seines Schwarzgeldes übergab. „Zum Wohle der Stadt und des Vaterlands!“ flüsterte er dem Nazi Freddy Oeder ins rechte Ohr, der mit dem Geld eine wahrhaft deutsche Siedlung in der russischen Exklave zu bauen beabsichtigte. Nieheinz dachte natürlich auch an ein gerüttelt Maß an Rendite. Manus manum lavat, das hatte er auch nach vierzig Jahren realexistierendem Sozialismus nie vergessen. Eine Hand wäscht die andere: keine PISA-Studie gab Auskunft darüber, was von dem einmal vermittelten Wissen ein Leben lang übrig blieb. Als Monika Tigerente am Morgen vor dem Spiegel stand, entdeckte sie einen größeren braunen Fleck an ihrer linken Brustwarze. Zunächst erschrak sie. Nachdem sie vorsichtig mit ihrem Zeigefinger über die Stelle strich, musste sie plötzlich grinsen. Katzenhai hatte sich mal wieder vor dem gemeinsamen Verkehr nicht gewaschen und seine Schokoladenfinger spielten gerne an ihren Brüsten. Hielt sie ihn als Bullen auch für einen Versager, die Orgasmen, die sie mit ihm hatte, wusste sie ab und an zu schätzen. Die Tootsies saßen bei einem Glas selbstaufgesetztem Likörs aus Birnen von Ribbeck und studierten lebhaft interessiert die inzwischen kopierten Nieheinz-Akten. Die

Originale waren längst wieder an ihrem Platz. Neben Gesellschafterverträgen erhielten die Unterlagen auch die persönlichen Notizen des Volker Nieheinz. Über die würde die interessierte Öffentlichkeit unter normalen Bedingungen nichts erfahren. Mit schmunzelnden Gesichtern lasen die Tootsies, dass Nieheinz hinter einigen Summen ein „s. Ka.“ vermerkt hatte.“ Interessante verwaltungstechnische Vorgänge!“ rief Mama-Tootsie. Aus dem ererbten Klangkasten ertönte ein Lied, zu dem Bella-Tootsie und Tui-Tootsie sich rhythmisch aufeinander zu bewegten: Das Traumpaar des Jahrhunderts - die Schlampe und der Held - tanzen mit großer Geste auf dem Parkett der Tootsie-Welt. Ihre Liebe wuchs wirklich mit der Zeit.

*Übereinstimmungen mit realexistierenden Personen und tatsächlichen Begebenheiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. H.P.
 Nächste Folge: Wissen kann Macht bedeuten.*

Rätsel-Eckchen

Was steckt so alles d'rin?

A	N	D	N
E	S	R	E
S	T	A	H
K	O	C	B

Boggle für alle

Mensch suche mindestens 4-buchstabile Wörter [nach oben keine Grenze]. Die Buchstaben müssen (benachbart) miteinander verbunden sein. Ein Buchstabe darf in einem Wort nicht zweimal benutzt werden. Eigennamen, geografische Begriffe, Abkürzungen - müssen leider draussen bleiben. Es geht alles, was im Rechtschreibduden gefunden wird. Wer die meisten Wörter-Punkte erzielt (4 Buchstaben- 1 Punkt, 5 Buchstaben- 2 Punkte, usw.), der/die erhält einen Brunch-Gutschein für das Antik-Cafe (6,50 EUR)! Auflösung FreibÄrger Nr. 35: Gewinner ist Rudi D. und kann jetzt endlich mal gut frühstücken! Weiterhin "gut boggle"!

Impressum V.i.S.d.P.: Andreas Koch, Freiberg **Anschrift der Redaktion:** FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg **e-mail:** freibaerger@gmx.net **Internet:** www.freibaerger.de **Druck & Verlag:** Eigendruck und Selbstverlag **Satz & Layout:** Katmatray, Freiberg **Erscheinungsweise:** zweimonatlich **Hinweise:** Bildrechte bei FbÄ-Archiv! Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne. **UnterstützerInnen:** Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzeitung "Quer", PDS-Kreisverband Freiberg, Bürgerinitiative "Kein Nazizentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!", Einzelpersonen aus Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Freiberg, Kleinschirma, Langenau, Tuttendorf und Zug.